

Sustainability - ein Weg aus der Krise zu neuen, sozial-ökologischen Lebensstilen?

Hildebrandt, Eckart

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hildebrandt, E. (1995). Sustainability - ein Weg aus der Krise zu neuen, sozial-ökologischen Lebensstilen? In H. Sahrer, & S. Schwendtner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 800-807). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140830>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Anmerkung

- 1) Mit der Methode einer diskursorientierten Inhaltsanalyse haben wir solche Tendenzen der Entkoppelung wie auch der Neverkoppelung von Mobilität und Automobilität anhand ausgesuchter Werbeanzeigen für das Auto und die Bahn sowie anhand von Veröffentlichungen verkehrspolitischer Meinungsbildner herausgearbeitet.

Literatur

- Becker, E. (1992), Wissenschaft als ökologisches Risiko. In: Becker, E. (Hg.), Jahrbuch 2 für sozial-ökologische Forschung. Frankfurt/Main.
- Canzler, W./A. Knie (1994), Das Ende des Automobils. Fakten und Trends zum Umbau der Autogesellschaft. Heidelberg.
- Jahn, T. (1991), Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung. Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Becker, E. (Hg.), Jahrbuch 1 für sozial-ökologische Forschung. Frankfurt/Main.
- Spiegel, E. (1976), Zur gegenwärtigen Situation der Verkehrssoziologie in der Bundesrepublik. In: Stadt, Region, Land. Schriftenreihe des Instituts für Städtebauwesen der RWTH Aachen, H.36.

Dr. Thomas Jahn und Dr. Irmgard Schultz, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE),
Hamburger Allee 45, D-60486 Frankfurt/Main.

5. Sustainability - ein Weg aus der Krise zu neuen, sozial-ökologischen Lebensstilen?

Eckart Hildebrandt

Im folgenden Beitrag soll in einer kurzen Problemskizze versucht werden, neue gesellschaftliche Problemlagen, wie sie aus der aktuellen Wende in der Tarifpolitik resultieren, mit den Anforderungen eines grundlegenden, sozial-ökologischen Umbaus zu verbinden. Daraus erwachsen eine Reihe von arbeitssoziologischen Konstellationen und Problemlagen, die alte Analysekonzepte in Frage stellen und neue, grundlegende Fragen aufwerfen. Im Mittelpunkt meiner Überlegungen steht der Ansatz einer "ökologisch erweiterten Arbeitspolitik".

Der Beginn eines breiten umweltpolitischen Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland wird auf Anfang der siebziger Jahre angesetzt. Die Gewerkschaften sind früh in diese Debatte hineingezogen worden. Einerseits sah man sie als Vertreter der industriellen Produzenten in der Rolle der Mitverantwortlichen für die wachsenden Umweltschäden, andererseits wurden von ihnen im Sinne eines umfassenden Eintretens für die Lebensqualität der Bevölkerung entschlossene Initiativen im Umweltschutz erwartet.

In den folgenden Jahren ließ sich nur ein sehr zögerlicher und bruchstückhafter Fortschritt beim Aufbau einer gewerkschaftlichen Umweltschutzpolitik erkennen. Einzelne, prägnante Umweltschutzinitiativen (insbesondere im Schadstoffbereich) stehen neben Fällen entschiedener Ablehnung von erhöhten Umweltschutzanforderungen (z. B. im Bereich der Chlorchemie) und weiten Bereichen unentschlossenen Lavierens (z. B. im Bereich Verkehr und Energieherstellung).

Der Dachverband DGB und die verschiedenen Einzelgewerkschaften agieren weitgehend unverbunden und mit zum Teil unterschiedlichen Brancheninteressen und Positionen nebeneinander her. Gleichmaßen fehlt eine Durchgängigkeit gewerkschaftlicher Aktivitäten in der Weise, daß Initiativen und Konzepte auf betrieblicher, lokaler, Konzern- und Branchenebene miteinander verbunden wären. Und schließlich ist die Diskrepanz zwischen programmatischen Bekenntnissen zum gesellschaftlichen Umweltschutz und konkreten Eigenaktivitäten auch den Mitgliedern offensichtlich. All dies fügt sich zu dem Eindruck zusammen, daß es (noch) keine Eindeutigkeit und Glaubwürdigkeit gewerkschaftlicher Umweltschutzpolitik gibt.

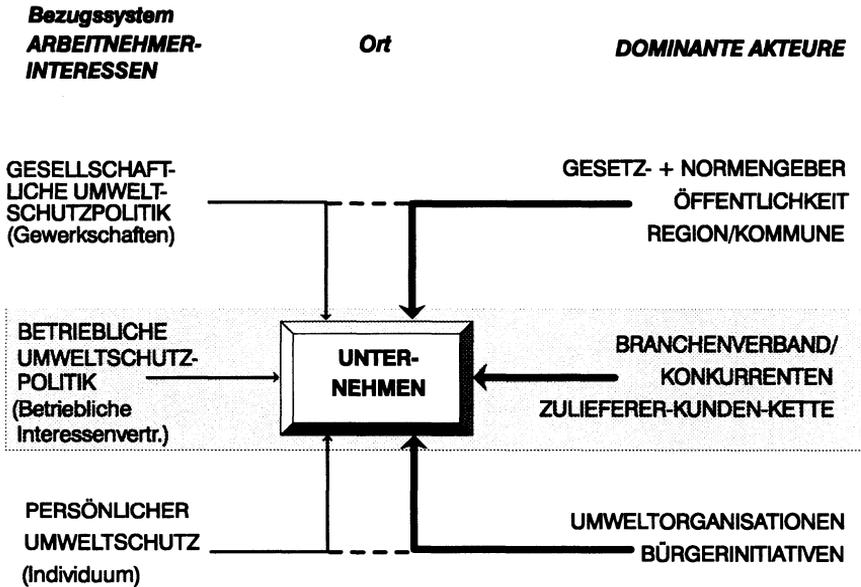
Zudem zeichnen sich in der gewerkschaftlichen Politik massive Spuren der ökonomischen und sozialen Krise ab, einmal in der verstärkten Zurückdrängung des Umweltthemas hinter die sozialen Kernthemen (Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung), in der Akzeptanz der Nachrangigkeit des Umweltschutzes gegenüber einzelunternehmerischen Rationalisierungsstrategien und in der Schrumpfung der gewerkschaftlichen Kapazität unter den Bedingungen von Mitgliederschwund und Aufgabenzuwachs.

I. Arbeitsinteressen und Umweltschutz

Unsere empirischen Untersuchungen in den letzten Jahren haben gezeigt, daß Arbeitnehmerinteressen im Umweltschutz faktisch in drei große Bereiche zerfallen, die weitgehend voneinander getrennt sind. Da ist einmal der gesellschaftliche Umweltschutz, in dem wesentlich die globalen Probleme wie Klimaschutz, Zerstörung der Regenwälder, die Schäden des Autoverkehrs oder die Gefährlichkeit einzelner Stoffe (Asbest, Dioxin) behandelt werden. Der zweite und für betriebliche Interessenvertretung zentrale Bereich ist der betriebliche Umweltschutz, der sich mit Ressourcenschonung, Gefahr- und Ersatzstoffen, Produktentwicklung, Abfalltrennung, Recycling etc. beschäftigt. Schließlich der Bereich des persönlichen Umweltschutzes, d.h. des umweltbewußten Verhaltens des einzelnen Arbeitnehmers in seiner Freizeit und auch in der Erwerbsarbeit (Schaubild 1).

Das erste Problem für die Arbeitnehmerinteressenvertretung liegt nun darin, daß sie und die Gewerkschaften in keinem dieser Felder allgemein anerkannte und mit Einfluß und Kompetenz ausgestattete Institutionen sind. Die Gewerkschaften versuchen zwar, in allen drei Bereichen eine Zuständigkeit aufzubauen, werden aber, wenn sie überhaupt anerkannt werden, auf die Grenzen des Betriebes und des Arbeitsverhältnisses verwiesen. Hier sind eine Reihe von Erfolgen erzielt worden, nicht nur aufgrund umweltaktiver Managementinitiativen, sondern durchaus auch auf Druck von Gewerkschaften, Betriebsräten oder betrieblichen Arbeitskreisen (insb. im Gefahrstoffbereich). Gleichzeitig begründet diese Einschränkung ein zweites Problem, nämlich die Unentwickeltheit sowohl von gesellschaftlichen wie von persönlichen Bezügen im Umweltschutz. Das zeigt sich in der fehlenden Präsenz bei der Debatte um Nachhaltigkeit und in der Debatte um zukünftige, ökologisch und sozial verträgliche Lebensstile. Dadurch fehlt dem gewerkschaftlichen Engagement die Verankerung in einer tragfähigen, längerfristigen gesellschaftlichen Perspektive und die Verankerung in der persönlichen Verantwortung des Einzelnen, die sich im individuellen Lebensstil ausdrückt.

ARBEITNEHMERINTERESSEN IM UMWELTSCHUTZ

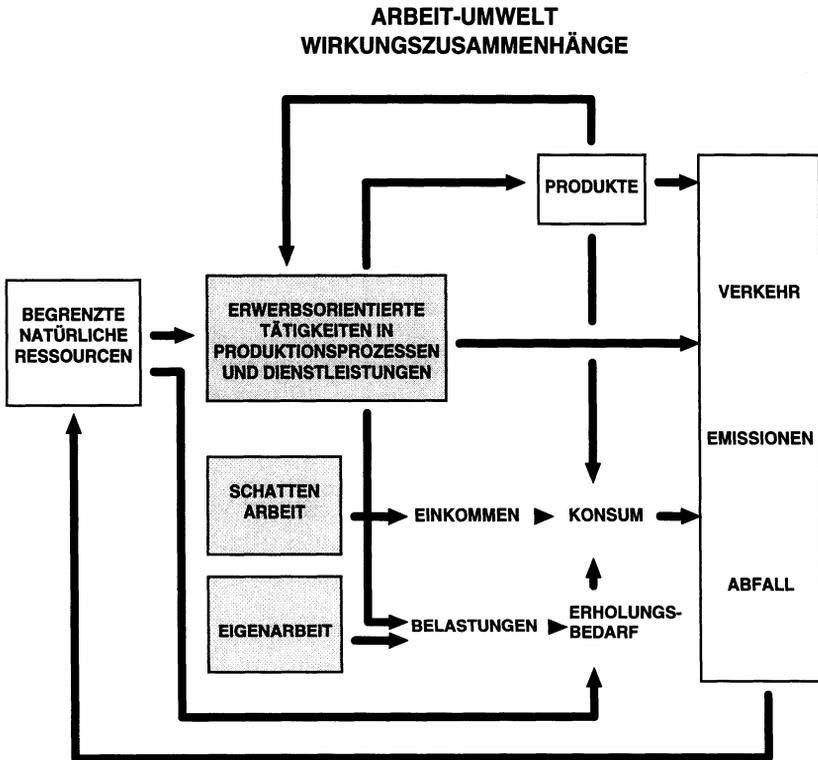


II. Arbeit und Nachhaltigkeit (Sustainability)

Die Modelle von nachhaltiger Entwicklung sind Zukunftsentwürfe mit dem Ziel, die natürlichen Grundlagen der menschlichen Existenz zu erhalten. Sie gehen davon aus, daß nur soviel Ressourcen verbraucht werden dürfen, wie nachwachsen, und nur solche und soviel Abfälle entstehen, daß die Regenerationsfähigkeit der Erde erhalten bleibt. Die dadurch begrenzten Ressourcen sollen allen Menschen in gleicher Weise zur Verfügung stehen - eine aus heutiger Sicht sehr radikale Forderung. Am Ende solcher Berechnungen steht die verfügbare ökologische Ausstattung für den einzelnen Menschen. Die Aufgabe besteht dann darin, Konsummuster, Produkte und Produktionsprozesse zu finden, die dieser Zielsetzung möglichst nahekommen, die Bedingungen ihrer Realisierung zu prüfen und deren politische Durchsetzbarkeit zu erhöhen.

Aus Arbeitnehmersicht haben diese Modelle das grundlegende Defizit, daß sie von oben harte Vorgaben für Verhalten machen und die Aspekte von Arbeit im ersten Entwurf nicht berücksichtigen. Die Konfrontation mit diesen Modellen ruft daher bei Arbeitnehmern leicht verunsicherte bis abweisende Reaktionen hervor; sie werden als abstraktes Rechenwerk, als ökologischer Rigorismus ohne Berücksichtigung sozialer Belange, als Umweltsanierung auf Kosten der ärmeren Schichten gesehen.

In dem nächsten Schaubild habe ich versucht, die Hauptverbindungen zwischen sustainability-Konzepten und der Zukunft von Arbeit aufzuzeichnen:



Die Kreisläufe beginnen bei den natürlichen Ressourcen. Diese gehen in die Produktions- und Dienstleistungsprozesse ein und werden dort in Erwerbsarbeit zu Produkten umgewandelt; ähnliches passiert in der Schatten- und Eigenarbeit. Die Ressourcen werden gleichzeitig zur Erholung der Bevölkerung benötigt. Ergebnis der Arbeit sind neben den Produkten die Einkommen der Beschäftigten und die arbeitsbedingten Belastungen, die in der Freizeit ausgeglichen werden müssen. Vom Einkommen werden Produkte gekauft, deren Verbrauch und Rückstände wiederum die Ressourcen belasten. In diesem vereinfachten Kreislaufmodell lassen sich vier Hauptverknüpfungen identifizieren:

- (1) Durch die Verringerung des Ressourceneinsatzes werden erhebliche quantitative Effekte bei den rohstoffaufbereitenden und -verarbeitenden Tätigkeiten ausgelöst. Die Effizienzsteigerungen der Produktion ("Effizienzrevolution"), die Steigerung von Gebrauchswert und Lebensdauer der Produkte sowie mögliche Konsumeinschränkungen ("Suffizienz") werden ebenfalls erhebliche quantitative Arbeitplatzeffekte haben.

- (2) Die Ökologisierung von Produktion und Produkten, der Ausbau von Umwelttechnik und Umweltdienstleistungen wird darüberhinaus zu massiven Verschiebungen in den Branchenstrukturen, Berufsstrukturen und Qualifikationsprofilen führen. Instandhaltungs- und Servicearbeiten, Information, Schulung und Beratung z.B. werden ein größeres Gewicht erhalten.
- (3) Auf die Einkommenssituation wirken gleich mehrere Effekte. Auf der einen Seite wird das erzielte Einkommen durch Steuern und Abgaben für Gemeinschaftsleistungen im Umweltschutz belastet (z.B. Altlastensanierung). Hinzu kommt die Verteuerung ökologischer Produkte und Dienstleistungen z.B. durch Zuschläge für Recycling. Auf der anderen Seite können der höhere Gebrauchswert und die längere Lebensdauer von Produkten, der Verzicht auf bestimmte unökologische Produkte/Dienstleistungen sowie geringere Krankheitskosten das Budget entlasten.
- (4) Die veränderten Ressourcen- und Produktströme in einer nachhaltigen Wirtschaft treffen auf eine gesellschaftliche Konstellation von Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, des Rückbaus der staatlichen Dienste und sozialen Sicherungen und von Unternehmensstrategien der marktnahen Flexibilisierung von Arbeit. Diese führt bereits heute zu einer grundlegenden Umstellung und Ausdifferenzierung von Arbeits- und Lebensstilen; der Übergang von Normalarbeit zu vielfältigen Formen der flexiblen Teilzeitarbeit verändert inzwischen die Einkommens- und Zeitbudgets der Mehrheit der Erwerbstätigen. Dies ist verbunden mit Tendenzen zur Zunahme von Schattenarbeit und mit Debatten um die Neuverteilung der Haus- und Familienarbeit.

All diese Punkte können hier nur angerissen werden, um zu verdeutlichen, welche massiven Auswirkungen sustainability-Konzepte für die Arbeits- und Sozialpolitik haben und wie dringlich eine Befassung aus arbeitssoziologischer Sicht wäre. Auf einen sehr konkreten Anknüpfungspunkt möchte ich im folgenden eingehen.

III. Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitflexibilisierung und Einkommensschrumpfung - Auswirkungen auf Arbeits- und Lebensstil

Wir befinden uns in einer Phase einer grundlegenden tarifpolitischen Wende. Die Krisenstrategien der Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung haben maßgeblich dazu beigetragen, den Schwerpunkt der Interessenaushandlung von der zentralen Tarifpolitik auf die Betriebspolitik und die individuelle Gestaltung des Arbeitsverhältnisses zu verlagern. Gleichzeitig haben sich zentrale Grundpfeiler der Tarifpolitik verschoben: die bisher üblichen, kontinuierlichen Entgeltzuwächse und Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse können nur noch bedingt aufrecht erhalten werden, daneben nehmen Bereiche/Phasen der Entgeltstagnation oder -senkung bei radikaler Arbeitszeitverkürzung/-flexibilisierung zu. Die Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen zur "beschäftigungssichernden Arbeitszeitverkürzung" (Seiffert) sind hierfür ein gutes Beispiel. Wenn, wofür viele Indikatoren sprechen, diese Entwicklungstendenzen längerfristig sind, dann müssen wir uns fragen, wie die betroffenen Arbeitnehmer mit dieser neuen Konstellation umgehen können. Führen sinkende Realeinkommen und mehr verfügbare Zeit zu Billigkonsum und Schwarzarbeit? Oder wird die Zeit für Information und Bildung, für die Familie, für Nachbarschaftshilfe oder für Entspannung, für ökologischen Einkauf als Alternative zum kommerziellen Konsum genutzt? Führen diese Krisenstrategien nur zu einer erzwungenen (und vorübergehenden) Einschränkung an Lebensqualität oder bieten sie auch Chancen für einen anderen, "ökologischen Wohlstand"? Verän-

dert sich nicht nur der äußere Zusammenhang zwischen Arbeit und Leben (verfügbare Zeit und verfügbares Einkommen), sondern auch der innere Zusammenhang ?

Noch scheint das gesellschaftliche Wohlstandsmodell nicht grundlegend in Frage gestellt, nach dem in möglichst kurzer Arbeitszeit und unter halbwegs erträglichen Arbeitsbedingungen möglichst viel verdient werden sollte (Stichwort: instrumentelle Arbeitsorientierung), um mit diesem Einkommen möglichst viele und hochwertige Produkte und Dienstleistungen zu kaufen, die zunehmend mit einem "guten Leben" gleichgesetzt werden (Stichwort: kompensatorischer Konsum). Diese Maxime wird nun von zwei Seiten bedroht: durch die Erschwerung der Einkommenserzielung (Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, steigende Abzüge) und durch die steigende Abhängigkeit von teuren, kommerziellen Produkten und Dienstleistungen, deren Komfortzugewinn immer geringer wird und die unter ökologischen Gesichtspunkten teilweise massiv kritisiert werden (entfernungsentensiver Lebensstil, Kommerzialisierung der Freizeit etc.).

Diese wenigen Hinweise dürften genügen, um zu zeigen, in welchem substantiellen Maß die zukünftige Arbeit von Umweltpolitik betroffen ist und wie eng Arbeits- und Lebensstil miteinander verknüpft sind. In der gegenwärtigen Gewerkschafts- und Betriebspolitik wird diesen Aspekten noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt - wie eine Reihe von Gesprächen und Gruppendiskussionen u.a. bei VW-Wolfsburg gezeigt haben. Erste Untersuchungsergebnisse können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

- Die derzeitige betriebliche Arbeitszeitpolitik wurde von den Tarifparteien und den betrieblichen Interessenvertretungen als Reaktion auf die verschärften Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt konzipiert.
- Die Beschäftigten unterstützen radikale Arbeitszeitverkürzungen und Einkommenseinbußen als befristete Solidaritäts- und Bestandsschutzmaßnahmen. Sie werden nicht auch als Chance zur Realisierung anderer Lebensformen verstanden; der Umgang mit der Arbeitszeitverkürzung unter dem Gesichtspunkt der sozial-ökologischen Krise ist reaktiv-defensiv.
- Die Auswirkungen auf die Lebenssituationen sind ambivalent; Einkommenseinbußen und Erfahrungen der Arbeitsintensivierung in der verbleibenden Arbeitszeit werden Zeitgewinne für Familie und Hobbies gegenübergestellt. Dominierend werden aber die Einkommenseinbußen thematisiert, die gerade durch Einsparungen bei den "schönen Seiten des Lebens" aufgefangen werden (Reisen, Restaurantbesuche, Hobbies).
- Jenseits dieser generellen Befunde zeichnet sich aber ab, daß verschiedene soziale Gruppen im Betrieb existieren, die sehr unterschiedliche Interessen bezüglich Arbeitszeit und Einkommen formulieren und mit der neuen Situation unterschiedlich umgehen (Alleinverdiener, Familien mit Kleinkindern, alleinstehende Frauen mit Kindern, ältere Ehepaare). Jüngere Frauen und Mütter scheinen am stärksten aus eigener Interessendefinition bereit zu sein, Arbeitszeit- und Einkommensanteile gegen Freizeit zu tauschen, um dadurch intensivere soziale Beziehungen leben zu können. Eine positive Besetzung der zusätzlichen Freizeit als Möglichkeit zur Gartenarbeit, Arbeit am Haus oder zur Weiterbildung war eher schwach ausgebildet.
- Die Tatsache, daß die veränderten Arbeitszeitmodelle (noch) nicht für veränderte Lebensstile genutzt werden, ist u.a. auch darin begründet, daß positive Leitbilder und Modelle für sozial-ökologische Lebensstile kaum existieren. Dasselbe gilt für solche Lebensstile unterstützende Infrastrukturen (z.B. Stadtplanung). Die alten Konzepte der Arbeiterbewegung wie die Siedlungsprojekte, Lebensreform, kollektives Wohnen und Reisen, Sport- und Bildungsbewegung

sind als absterbende Relikte einer alten Kultur abgestempelt; "moderne", gemeinschaftliche und sparsame Lebensformen sind nicht an ihre Stelle getreten.

Hier, an dieser Schnittstelle zwischen Arbeit und Leben, dem Entwurf neuer, sozial-ökologischer Arbeits- und Lebensstile und ihrer Unterstützung durch die Organisation der betrieblichen Interessenvertretung scheint mir eine der entscheidenden Zukunftsfragen der Arbeitspolitik zu liegen.

IV. Zusammenfassung

In den vorangegangenen Thesen habe ich versucht, auf der Grundlage der Erfahrungen, die im letzten Jahrzehnt mit gewerkschaftlicher und betrieblicher Umweltpolitik gemacht worden sind, einige wichtige Rahmenbedingungen und strukturelle Determinanten in diesem neuen Politikfeld aufzuzeigen. Im Ergebnis scheint mir wichtig, dreierlei hervorzuheben:

Erstens ist unser politisches System so organisiert, daß sich drei unterschiedliche Zugänge zur Umweltpolitik im gewerkschaftlichen Feld treffen: ein betrieblicher, ein lebensweltlicher und ein gesellschaftspolitischer Zugang. Diese Teilung wird durch die wachsenden Widersprüche zwischen Arbeits- und Lebenswelt und durch die Veränderung der Arbeitsverhältnisse selbst zunehmend in Frage gestellt.

Zweitens ist nicht sicher, ob der Umweltschutz in den Gewerkschaften und bei den betrieblichen Interessenvertretungen aus seiner nachgeordneten Rolle heraustreten kann. Kurzfristige Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung für die Mitglieder bleiben die vorrangigen Erfolgskriterien von Gewerkschaftspolitik und bekommen unter verschärften ökonomischen Bedingungen eher noch stärkeres Gewicht. In höherem Maße möglich ist die systematische Integration des Umweltschutzes in Information, Qualifikation, Arbeitstätigkeit und Beteiligung sowie die möglichst frühzeitige und konsequente Berücksichtigung ökologischer Maximen in der Industrie- und Tarifpolitik.

Drittens scheint mir eine wirkliche Umstellung von Gewerkschaftspolitik auf sozial-ökologische Perspektiven nur dann möglich zu sein, wenn die grundlegende, destruktive Verknüpfung von Arbeitsstil und Lebensstil für die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung aufgebrochen wird. Die ökonomische Krise bedeutet nach unserem verengten Wohlstandsverständnis automatisch sozialen Abstieg und Einschränkung; sie eröffnet aber unter bestimmten Bedingungen auch Chancen zu anderen Lebens- und Arbeitsformen, die nach sozial-ökologischen Kriterien sowieso überfällig sind, d.h. Chancen zu einem anderen Verhältnis von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Muße. Diese Umstellung braucht Zeit und umfassende Unterstützung in den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren (Förderung von Teilzeitarbeit, Regionalisierung von Märkten, Stützung von kommunitären und selbstversorgenden Strukturen, Finanzierung von Übergängen etc.) Und diese Umstellung darf nicht hauptsächlich den Arbeitnehmern angelastet werden. Die Politik muß nachweisen, daß die Lasten der Umstellung gleichverteilt werden und die Beiträge aller gesellschaftlichen Gruppen offensiv eingefordert werden.

Wenn allerdings diese Chance nicht offensiv genutzt und von den gesellschaftlichen Instanzen nicht massiv unterstützt wird, droht ein weiteres Abrutschen größerer Teile der Arbeitsbevölkerung in prekäre Arbeitsverhältnisse und in Arbeitslosigkeit, in Armut und soziale Abhängigkeit.

Und damit droht eine Fortsetzung der Umweltzerstörung nicht mehr nur im Überfluß, sondern auch im Mangel.

Prof. Dr. Eckart Hildebrandt, Wissenschaftszentrum Berlin, Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin

6. Umweltprobleme, Risikobewußtsein und sozialstruktureller Wandel

Günter Warsewa

Jenseits der allgemeinen Erkenntnis zunehmender Informiertheit und wachsenden "Umweltbewußtseins" hat die sozialwissenschaftliche Umwelt- und Risikoforschung bislang allenfalls interessantes Detailwissen hervorgebracht. Insbesondere mit Blick auf die immer wieder diagnostizierte Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhalten münden alle Bemühungen um systematische Analyse und faktorielle Differenzierung eher in Beliebigkeit und Verwirrung als in verwertbare Ergebnisse. Dies scheint u.a. mit einem Phänomen zusammenzuhängen, auf das Helmut Wiesenthal zurecht hingewiesen hat, nämlich daß in deren Analysen und Schlußfolgerungen in der Regel "Sozialstrukturen als irrelevant verdunsten" (Wiesenthal 1994: 139).

Die These, die daher zur Diskussion gestellt werden soll, lautet, daß eine systematische Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Einbettung von umweltrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen eine zentrale Voraussetzung für realitätstüchtige Befunde sozialwissenschaftlicher Umweltforschung darstellt. Nicht mehr oder weniger beliebige Umweltprobleme sollten der Ausgangspunkt von Fragen und Analysen sein, sondern bewußtseins- und verhaltensrelevante sozialstrukturelle Differenzierungen.

Angesichts der Debatten, die um den aktuellen sozialstrukturellen Wandel unter Stichworten wie "Pluralisierung der Lebensstile", Herausbildung von "Erlebnismilieus", "Erosion von Normalität(en)" bis zu der "Neuen sozialen Ungleichheit" geführt werden, sind freilich verlässliche Anhaltspunkte hierfür auch nur schwer auszumachen. Klar scheint bislang nur, daß herkömmliche Klassen- und Schichtungsmodelle keinen hinreichenden Analyse- und Erklärungsgehalt mehr haben.

Genau dieses Problem stellte sich auch bei der Interpretation von Befunden aus einer Studie, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre über die Verarbeitungsweisen von Umweltproblemen und -diskursen bei Industriearbeitern durchgeführt wurde (Bogun u.a.1990). Geschult an den klassischen Konzepten der Industriesoziologie wollten wir wissen, ob und in welcher Weise die gesellschaftliche Ökologiedebatte sich auf "das Arbeiterbewußtsein" ausgewirkt hatte. Festzustellen war jedoch, daß das traditionelle Arbeits- und Klassenverhältnis gerade im Zusammenhang mit Ökologiefragen als gemeinsamer und vereinheitlichender Sozialisationstypus deutlich in Frage gestellt wurde. Ein klassenspezifisches Einstellungselement war zwar - als Rudiment oder auch als festgefügtter Kern - nachweisbar (z.B. in der kollektiven Verliererperspektive, deren Entsprechung der traditionelle Solidaritätsgedanke der Arbeiterbewegung ist), aber jenseits der Erklärungskraft "des Arbeiterschicksals" gab es in den Binnendifferenzierungen eben mehr Ähnlichkeiten mit anderen Bevölkerungsgruppen als mit anderen Arbeitern. Darauf weist Martin Osterland hin, wenn er von dem Typus des "grünen Industriearbeiters" spricht (Osterland 1994), dessen